OFFENE LINKE ANSBACH
Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 14.12.2010

Pläne zur Katterbach-Umgehung: US-Militärpräsenz schadet Natur, Steuerzahlern und Landwirten

Offene Linke: „Staatsregierung von allen guten Geistern verlassen“ - Andere Maßnahmen wichtiger

„Politik gegen die Bürger“ angeprangert – weitere Aufrüstung befürchtet – Urlas: Planänderung?

Die jetzt ans Licht beförderten Pläne der Bayerischen Staatsregierung, die Katterbach-Umgehung um die US-Kaserne herum als „prioritär“ einzustufen hat bei der Offenen Linken für Empörung gesorgt. In einer ersten Stellungnahme erklärte das Ansbacher WählerInnen-Bündnis: „Die Staatsregierung ist offensichtlich von allen guten Geistern verlassen. Während Städte und Gemeinden in unserer Region, etwa entlang der B 25, seit Jahren vergeblich um Ortsumfahrungen kämpfen, muss die US-Armee scheinbar nur mit den Fingern schnippen und schon schüttet das schwarz-gelbe Kabinett in München ein Millionen schweres Füllhorn an Steuergeldern bereitwillig aus.“

Die Katterbacher Nordumgehung bringe das Fass der Belastungen der Bevölkerung durch die US-Militärpräsenz allmählich zum Überlaufen: „Nachdem bereits am Urlas 150 Hektar Naturfläche vernichtet, davon 95 Hektar komplett versiegelt werden soll, fordert jetzt die US-Armee weiteren Flächenfraß für ihre Annehmlichkeiten. Die Kosten für die Steuerzahler durch die US-Ausbaupläne gehen somit in den achtstelligen Bereich. Wir sehen dieses Geld für die Bildung viel besser angelegt, nicht in diesem überflüssigen Verkehrsprojekt“, erläuterte die Offene Linke. Die erneute Bedrohung bäuerlicher Existenzen durch Enteignungen sei „skandalös“, hier sei die Solidarität aller Ansbacher mit den Betroffenen gefordert. „Die bekannt gewordenen Planungen sind ein weiterer Offenbarungseid einer Politik gegen die Bürger: Seit 2006 werden in Sachen US-Ausbaupläne über die Köpfe der Menschen hinweg falsche Entscheidungen für die Zukunft der Rezatstadt gefällt. Ansbach nähert sich so Stuttgarter Verhältnissen an“, stellte die Offene Linke fest.

Zudem böten die durch die Umgehung frei werdenden zusätzlichen Kasernenflächen Potenzial für die weitere Aufrüstung mit noch mehr Kampfhubschraubern in Ansbach, die die US-Armee im Zuge der geplanten Auflösung des Heliports Mannheim vorbereitet. „Es ist Gebot der Stunde, dass der Stadtrat per Resolution versucht, diesen militärischen Erweiterungsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben“, betonte das WählerInnen-Bündnis.

Auch die Besichtigung des Urlas´durch den Stadtrat am 09.12. unterstrich, dass die Halbwertszeit von Aussagen der US-Militärs eher gering ist: Während dem Stadtrat gegenüber 2008 erklärt wurde, dass die bestehenden Wohnungen in den Katterbacher Kasernen abgerissen und durch Doppelhaushälften ersetzt werden sollen, wurde nun bekannt, dass diese nun doch lediglich saniert werden sollen – Zeitpunkt unbekannt; Ergebnis: Erhöhung der Kapazität für mehr Truppen. Überdies soll das Großeinkaufszentrum auf dem Urlas größer werden als im Kenntnisgabeverfahren dem Stadtrat vorgestellt. Anstelle von 13.500 qm Gesamtfläche (siehe FLZ, 11.11.09) sollen nun 20.000 qm errichtet werden. Die Offene Linke sprach in diesem Zusammenhang von „Gigantomanie“ und zog die Rechtmäßigkeit des Baus wegen der Größenänderung in Zweifel.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat